

Kinder	S. 5, 6, 13	Kommunen	S. 7	Kontrollen	S. 9-11	Kultur?	S. 15
Die Schulpolitik bleibt weiter oben auf der Agenda. Diesmal: Die Abschaffung der Kopfnoten und anderer Vorgaben, das weitere Vorgehen beim achtjährigen Gymnasium und die Friedenserziehung im Unterricht.		Zur Diskussion steht die Rolle der Stadtwerke. Nun erhalten die Kommunen mehr Spielräume, um sich vor allem im Energiesektor wirtschaftlich zu betätigen. Das Thema bleibt bis zum Schluss kontrovers.		Der Dioxin-Skandal verunsichert Verbraucherinnen und Verbraucher, schadet der Landwirtschaft und zwingt die Politik zum Handeln. Welchen Handlungsbedarf sehen die einzelnen Fraktionen? Ein Schwerpunkt.		Thema einer Expertenanhörung ist die „Bettensteuer“, eine zusätzliche Abgabe für die Kultur, die bei Übernachtungen in Köln anfällt. Schaden für die Wirtschaft? Chance für die Kultur? Verfassungswidrig?	

Kein Ei des Kolumbus

Lebensmittelsicherheit ist alles andere als einfach



Gesund und stärkend?

Wir haben die Wahl. Supermarkt, Billig-Discounter, Bioläden oder direkt beim Bauern: Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland können frei entscheiden, wo sie ihre Lebensmittel erwerben wollen. Das unterscheidet uns von einer überwältigenden Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten.

Auch haben die Hersteller der heute angebotenen Lebensmittel die Möglichkeit, diese mittels ausgeklügelter Konservierungsmethoden, ununterbrochener Kühlketten, der Einhaltung von Hygienevorschriften und strikter Kontrolle deutlich frischer an die Endverbraucherinnen und -verbraucher zu liefern, als dies noch vor einigen Jahrzehnten der Fall war.

Und schließlich sind da noch die modernen Kommunikationswege. Sofort oder doch zeitnah können wir zumindest die Menschen in den Industrieländern über Erkenntnisse oder Gefahren informieren und sie in die Lage versetzen zu reagieren. Sofern die entsprechenden Informationen vorliegen.

Dennoch geschehen Fälle wie dieser: Verunreinigte Lebensmittel werden produziert und kommen in den Handel, sogar monatelang. Alle oben geschilderten Möglichkeiten einer modernen, hochtechnisierten Gesellschaft nutzen nichts, zum Teil werden sie wahrscheinlich gezielt ausgehebelt. Behörden, politische Entscheidungsträger, der mündige Verbraucher: Sie alle können nur im Nachhinein handeln.

Das wirft Fragen auf, denen sich die Politik, auch der Landtag Nordrhein-Westfalen, stellt. Gegen – eventuell kriminelle – Absicht lässt sich in

der Tat schwerlich rechtzeitig etwas unternehmen. Auch im Straßenverkehr kann nicht jeder Regelverstoß oder Unfall verhindert werden.

MITTEL ZUM LEBEN

Aber gerade im Lebensmittelbereich gibt jede Verunreinigung, jede Gefährdung Anlass zur Überprüfung, wie man das System der Vorbeugung und Kontrolle noch besser machen kann. Zu Recht, denn es geht um unsere Gesundheit. Aufgrund der grenzüberschreitenden Verflechtung der Lebensmittelindustrie wird darüber nachzudenken sein, inwiefern hier nicht nur nationale, sondern auch europäische Instanzen gefragt sind.

Des Weiteren geht es um die Rolle des einzelnen Konsumenten. Verlangen wir wirklich nach immer billigeren Lebensmitteln, wie die entsprechende Industrie behauptet? Und die damit Produktionsverfahren rechtfertigt, die zu immer niedrigeren Kosten, aber möglicherweise höheren Risiken führen? Beim Kauf entscheidet der Verbraucher mit über Produktionsverfahren und Produktqualität.

Die Lebensmittelindustrie jedenfalls hat die gesetzlich geltenden Grenzwerte für gefährliche Stoffe einzuhalten. Damit nach Wilhelm Busch weiterhin gilt: „Das weiß ein jeder, wer’s auch sei, gesund und stärkend ist das Ei.“ CW



Schwerpunkt: Lebensmittelsicherheit

Guten Appetit 9

Schlag auf Schlag 10-11

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Erderwärmung: Konsequenzen fürs Klima	3
Landesplanung: Schwarzbau Kohlekraftwerk?	4
Schule I: Das Ende der „Kopfnote“	5
Schule II: Schlankheitskur für Schulstoff	6
Kommunales: Kommunale Global Player?	7
Datenschutz: Attestierte Prüfungsunfähigkeit	8

Aus den Ausschüssen:

Schule III: Ausgewogener Friedensunterricht	13
Meldungen	14
Wirtschaft: Zwischen Kulturförderabgabe und Bettensteuer	15
Medien: „Wirtschaftsförderung im besten Sinne“	18
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Porträt: Gunhild Böth (Linke)	19
Impressum	19
Termine	20

Foto: Schälte

Konsequenzen fürs Klima

Bedeutung der Ergebnisse des Weltklimagipfels in Cancun für Nordrhein-Westfalen

16. Dezember 2010 – Nordrhein-Westfalen als Industrieland muss sich umso mehr mit dem Klimawandel beschäftigen. Deshalb waren die Beschlüsse der Weltklimakonferenz im mexikanischen Cancun Ende letzten Jahres Thema im Landtag. Auf Antrag von SPD und Grünen ging es um die Frage, was für Nordrhein-Westfalen nun aus Cancun folge. Dort hat auch Deutschland mit beschlossen, dass die Industriestaaten ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 um 25 bis 40 Prozent unter das Niveau von 1990 senken sollen, damit die Erde um nicht mehr als 2 Grad Celsius wärmer wird. Darüber hinaus hat Deutschland sich sogar zum Ziel gesetzt, bis 2050 rund 80 bis 95 Prozent der Treibhausgase gegenüber 1990 einzusparen.

Nordrhein-Westfalen komme eine besondere Verantwortung zu, betonte **Norbert Meesters** (SPD), schließlich entstehe mehr als ein Drittel der deutschen Emissionen hier. Als wichtigen Grundpfeiler, um die notwendigen, ehrgeizigen und selbstgesteckten Ziele zu erreichen, nannte er die Investition in erneuerbare Energien. Auch wenn die Bundesregierung entsprechendes Handeln vermissen lasse, wolle die rot-grüne Landesregierung dem Klimawandel mit einem Klimaschutzplan begegnen und hoffe auf einen breiten Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen und auf eine konstruktive Mitarbeit aller Landtagsfraktionen, um den Plan in diesem Jahr 2011 umzusetzen.

Wibke Brems (Grüne) empfahl, nicht auf Beschlüsse internationaler Klimakonferenzen zu warten, auch wenn Auswirkungen des Klimawandels zeitlich und räumlich weit entfernt erschienen. Für beide Aspekte nannte sie Gegenbeispiele und bemerkte, dass in NRW der Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß amerikanische Dimension habe. Für den Beginn eines effektiven Klimaschutzes verwies auch sie auf ein geplantes erstes deutsches Klimaschutzgesetz. „Die Zeit ist reif für eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, die den Zauderern und Zögerern zeigt, dass Klimaschutz funktioniert“, bekräftigte sie und erwartete diesen Prozess im Ergebnis als Win-Win-Situation.

„Alle Welt lobt die Beschlüsse, nur Minister Rommel mäkelte herum“, kommentierte **Friedhelm Ortgies** (CDU) die Haltung der Landesregierung zu Cancun. In den Zielen seien sich alle einig, nämlich die Treibhausgase um mindestens 20 Prozent zu reduzieren und besondere Anstrengungen zu unternehmen. Dazu müsse man allerdings nicht bei null anfangen, meinte der Abgeordnete, denn bereits der vorige CDU-Umweltminister habe in NRW entscheidende Grundsteine gelegt. Klar sei aber auch, dass das Land es nicht allein schaffen könne. Außerdem forderte Ortgies: „Wir brauchen fundierte Analysen, klare Konzepte, eine vernünftige Aufklärung und keine Panikmache.“

Die Ergebnisse der Klimakonferenz bezeichnete **Dr. Stefan Romberg** (FDP) als substanziellen Fortschritt. In Deutschland habe die schwarz-gelbe Bundesregierung erstmals ein Konzept bis 2050 und einen entsprechenden Finanzierungsplan vorgelegt, von dem die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke nur ein kleiner Bestandteil sei. Die Grünen hingegen hätten kein Finanzierungskonzept, kritisierte er. Als ungeeignet bewertete Romberg das geplante Klimaschutzgesetz der Landesregierung. Je mehr daraus bekannt werde, desto mehr stelle es sich als Instrument zur Deindustrialisierung heraus, das eine industrielle Entwicklung auf dem Land unmöglich mache.

Hamide Akbayir (Linke) wandte sich gegen „ein ‚Weiter so‘ wie bisher mit Wachstumswahn, Überausbeutung von Ressourcen und rücksichtsloser Naturvernichtung“. Bürgerlicher Umweltschutz, kritisierte sie, drehe sich um die Aufteilung der Zukunftsmärkte und ums Geldverdienen, wobei beispielsweise Menschen in ärmeren Ländern das Nachsehen hätten und bereits jetzt unter Extremwetterlagen und Überschwemmungen litten. Die Linke forderte daher eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die ein gutes Leben für alle ermögliche, jetzt und in Zukunft. Der Wachstumszwang, auch im „Green New Deal“, führe nur noch weiter in den Klimakollaps.

Neben dem Ziel eines weltweiten Klimaschutzregimes hielt **Umweltminister Johannes Remmel** (Grüne) es für erforderlich, von unten wachsende Initiativen zu ergreifen und eigene Möglichkeiten zu nutzen. „Wir brauchen klimapolitische Pfadfinderinnen und Pfadfinder“, erklärte er. Nordrhein-Westfalen müsse eine aktive Rolle spielen. So wolle die Landesregierung gemeinsam mit dem Parlament mit dem geplanten Klimaschutzgesetz deutschlandweit vorangehen und im neuen Jahr 2011 mit der Wirtschaft, mit Klimaschutzinitiativen und mit den Kommunen einen Klimaschutzplan erarbeiten, um Maßnahmen in einzelne Zuständigkeiten aufzuteilen, erklärte Remmel. sow

Schwarzbau Kohlekraftwerk?

Im Fall „Datteln“ geht es um Urheberchaft, Verfahrensfragen und Prinzipien

15. Dezember 2010 – Neue Runde in der Diskussion um den Bau eines neuen Steinkohlekraftwerks: Der 2004 unter Rot-Grün geplante Block Datteln 4 sei notwendig, um die drei alten Blöcke abschalten zu können, argumentierten CDU und FDP in einer Aktuellen Stunde und ergänzten, die rot-grüne Landesregierung wolle eine Entscheidung mittels Gutachten hinauszögern. Dies schwäche den Standort NRW. Die Verfahrensfehler, die schließlich zu dem den Bau stoppenden Urteil des Oberverwaltungsgerichts geführt hätten, seien unter Schwarz-Gelb geschehen, entgegenen hingegen die jetzigen Regierungsfractionen. Und die Linken befürchteten, das Gutachten solle insbesondere den Grünen am Ende nur das Alibi liefern, dem Kraftwerksbau am Ende doch noch zustimmen zu können.



Josef Hovenjürgen (CDU)

Michael Aggelidis (Linke)

Thomas Eiskirch (SPD)

„Die Mehrheit hat sich über den Sachverstand hinweggesetzt“, attackierte **Josef Hovenjürgen** (CDU) die Landesregierung mit Blick auf den gestoppten Kraftwerksbau. Trotz des rot-grünen Spiels auf Zeit bei diesem Projekt müsse Industriepolitik in NRW möglich bleiben. Hinsichtlich der 2004 eingeleiteten Planungen für das Kraftwerk Datteln erinnerte der CDU-Sprecher an die damals regierende Koalition: „Die Geburtsurkunden dieses Standorts tragen rot-grüne Unterschriften.“ Beide Fraktionen kämen allerdings ihrer Verantwortung nicht nach. Wenn man den geplanten Kraftwerksbau Datteln 4 wirklich wolle, seien die Mehrheiten dafür vorhanden, bot Hovenjürgen der SPD an.

E.ON habe einen „Schwarzbau hochgezogen“, meinte dagegen **Michael Aggelidis** (Linke). Das Planungsrecht sei massiv gebeugt worden, sodass das Projekt erst durch das Oberverwaltungsgericht habe gestoppt werden können. Allerdings kritisierte auch Aggelidis die Regierungsfractionen: Sie würden die Entscheidung über Datteln auf- und einem Gutachten zuschieben, dem sie sich dann wohl nicht mehr entziehen könnten. Durch Datteln 4 werde auch keine CO₂-Reduzierung erreicht, da keine Kraftwerke gleichen Volumens und gleicher Laufzeit vom Netz genommen würden. Notwendig sei aber eine ökologisch verantwortbare Energiewende und dafür die Verstaatlichung der vier Oligopolisten.

„CDU und FDP haben in ihrer Regierungszeit viel dafür getan, dass Datteln 4 bis heute keine Betriebserlaubnis hat“, meinte hingegen **Thomas Eiskirch** (SPD). Die neue Regierung habe eine Klärung eingeleitet: Entweder werde endgültig festgestellt, dass das, was die alte Regierung „versaubeutelt“ habe, nicht mehr reparabel sei, oder am Ende stehe die Betriebserlaubnis. Kernpunkt sei, dass das, was vor 2005 unter Rot-Grün als Erweiterungsbau begonnen habe, unter Schwarz-Gelb zu einem Neubau geworden sei. „Und dafür war die Fläche nie vorgesehen“, so Eiskirch. Nunmehr versuche man jedenfalls, rechtssicher zu arbeiten und das Verfahren zu einem guten Ende zu bringen.



Fotos: Schälte

Dietmar Brockes (FDP)

Wibke Brems (Grüne)

Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD)

Die Landesregierung sitze den Vorgang aus, kritisierte **Dietmar Brockes** (FDP). Sie hoffe offenbar auf eine Lösung, „die vom Himmel fällt und die Koalition überleben lässt“. Mit ihrer Entscheidungsverzögerung mache die SPD „Politik gegen die Gewerkschaften“, so der FDP-Sprecher. Politik dürfe sich nicht hinter Planungsrecht verstecken, die Regierungschefin müsse die politische und rechtliche Richtung vorgeben. Das Kraftwerk Datteln liefere ein Viertel des deutschen Bahnstroms, der eine spezielle Frequenz habe und nur an bestimmten Stellen ins Netz eingespeist werden könne. Daher müssten nun die „uralten“ Blöcke 1 bis 3 am Netz bleiben, bis Datteln 4 Strom produziere.

„Sie können Rot-Grün nicht dafür in Haftung nehmen, dass Sie unsauber gearbeitet haben“, entgegnete **Wibke Brems** (Grüne). Wenn es einen Schaden gebe, gehe er auf das Konto der ehemaligen schwarz-gelben Koalition. Diese habe Abstandsregeln, Emissionsschutz und landesplanerische Vorgaben außer Acht gelassen. Nun brauche es Zeit, den „Murks“ der vergangenen Jahre aufzuarbeiten. So müsse erst einmal geprüft werden, ob die vorliegende Verwaltungsvorlage die durch das Gerichtsurteil festgelegten Fragestellungen vollumfänglich abarbeite. Die Zukunft eines Bundeslandes und der Deutschen Bahn hänge nicht von einem einzigen Kraftwerk ab, meinte die Grünen-Sprecherin.

Der Betreiber des Dattelner Kraftwerks, E.ON, bestätige selber, „dass das gewählte Verfahren konstruktiv und zielführend ist“, meinte **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Vor dem Hintergrund dieser positiven Äußerung sei es doch schwierig zu konstruieren, in Sachen Datteln 4 laufe alles „schlecht“, kommentierte er in Richtung Opposition. Durch das in Auftrag gegebene Gutachten solle verhindert werden, dass – wie unter schwarz-gelber Regierung – „unsauber“ gearbeitet werde. Um das Ergebnis der Prüfung nicht vorwegzunehmen, könne sich die Landesregierung nicht zu einem möglichen Ausgang eines laufenden und rechtlich normalen Verfahrens äußern.

CW



Foto: Schälte

Das Ende der „Kopfnoten“

Landtag beschließt Schulreform gegen die Stimmen von CDU und FDP

15. Dezember 2010 – Die Ziffernoten zum Arbeits- und Sozialverhalten verschwinden genauso wie die verbindlichen Grundschulgutachten – dafür dürfen Jugendliche an den weiterführenden Schulen wieder stärker mitbestimmen und Schulträger Einzugsbereiche festlegen: Mit dieser Schulreform machen SPD und Grüne rückgängig, was Schwarz-Gelb in den vergangenen fünf Jahren geändert hatte. „Aktionismus“ und „Symbolpolitik“ lautete daher der Vorwurf von CDU und FDP.

„Ich habe den Eindruck, hier wird mit Tempo zurückmarschiert, rasch und möglichst ohne Kosten“, kritisierte **Astrid Birkhahn** (CDU) den rot-grünen Gesetzentwurf. Anstatt durchgängig die Lernsituation in den Schulen zu verbessern, schüre die „Stückwerkknovelle“ neue Unruhe bei den Betroffenen. Zudem sei die Argumentation von SPD und Grünen widersprüchlich: Während der Wegfall des Grundschulgutachtens den Elternwillen stärken solle, passiere bei der Einführung von Schuleinzugsbereichen genau das Gegenteil. Gleichzeitig kritisierte Birkhahn den angestrebten Wegfall der Ziffernoten zum Arbeits- und Sozialverhalten: Wer das tue, bringe Kinder um Erfolgserlebnisse.

„Kein Schulträger wird gezwungen, künftige Schuleinzugsbereiche festzulegen“, betonte **Sören Link** (SPD). Allerdings sollten Kommunen selbst darüber bestimmen können, ob sie dieses Steuerungsinstrument nutzen wollten oder nicht. Das verstehe er unter dem Prinzip einer selbstständigen Schule vor Ort. Ähnliches gelte für die Noten zum Arbeits- und Sozialverhalten, so

Link. Die einzelnen Schulen sollten eigenständig entscheiden können, ob und auf welche Weise genau sie den Kindern und Jugendlichen eine solche Rückmeldung geben – nur schriftlich ausgeführt müsse sie in jedem Fall sein. Denn die von Schwarz-Gelb eingeführten Ziffernoten hätten keinerlei Aussagekraft.

Josefine Paul (Grüne) warf CDU und FDP vor, die Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in Schulkonferenzen ohne Not geschwächt zu haben. „Was steht denn da bei Ihnen für ein Demokratieverständnis hinter?“, fragte Paul. Immerhin gehe es in Schulen doch vor allem um die Heranwachsenden. Gleichzeitig kritisierte Paul die CDU-Politikerin Birkhahn wegen ihres Plädoyers für die Ziffernoten zum Arbeits- und Sozialverhalten: „Wo ist denn eine Zwei aussagekräftiger als eine schriftliche Rückmeldung?“ Hinzu komme, dass einige Schulen für ganze Jahrgänge einheitliche „Kopfnoten“ vergeben würden. Daran könnten zukünftige Arbeitsgeber rein gar nichts ablesen.

„Symbolpolitik“ warf **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) den Regierungsfractionen angesichts der geplanten Änderungen vor. „Sie kosten nichts, aber den Preis zahlen letztlich Schüler, Eltern und die Gesellschaft.“ Ziffernoten seien allgemein verständlich und in der Arbeitsrealität vereinbarte Codes. Den schwächeren Schülerinnen und Schülern werde mit dem Wegfall dieser Noten eine Chance genommen, sich zu profilieren. Auch sei es falsch, die Drittelparität in den Schulkonferenzen wieder einzuführen. Da die Verantwortung für eine Schule letztlich bei den Lehrenden liege, sei es richtig, die Mitsprache zwischen ihnen sowie Eltern und Lernenden häufig zu gewichten.

Die Kommunen wünschten sich die Grundschuleinzugsbezirke zurück, sagte **Gunhild Böth** (Linke). Deshalb sei es richtig, ihnen dies wieder zu ermöglichen – genauso wie im Fall von Förderschulen. Gleichzeitig betonte Böth, dass die Schulkonferenz mehr als nur eine demokratische Spielwiese sei. Es gehe darum, dass Schülerinnen und Schüler das Recht hätten, ihren Lebens- und Arbeitsraum mitzugestalten – und zur Mitbestimmung gehöre auch Verantwortung. In puncto „Kopfnoten“ bemerkte Böth, dass eine Rückmeldekultur häufig verkürzt mit der Vergabe von Noten gleichgesetzt werde. Stattdessen gehe es aber um eine regelmäßige gegenseitige Rückmeldung zwischen Lernenden und Lehrkräften.

Die Schulgesetzänderung von 2006 habe sämtlichen Betroffenen mit den verpflichtenden Grundschulempfehlungen sowie dem Prognoseunterricht ein belastendes Verfahren aufgehalst, so **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (Grüne). Bei SPD und Grünen erhalte der Elternwille nun wieder absolute Priorität. Grundsätzlich gelte die Wahlfreiheit der Eltern auch bei den möglichen Schuleinzugsbereichen. „Die Aufnahme ihres Kindes kann jedoch abgelehnt werden, wenn sie nicht im Schuleinzugsbereich wohnen“, führte Löhrmann aus. Die Rückmeldung über soziale Kompetenzen wertete die Ministerin als wichtig. Allerdings dürfe sich diese nicht wie bisher an der Notenskala orientieren. *bra*

Das vierte Schulrechtsänderungsgesetz (Drs. 15/24) wurde von SPD und Grünen gegen CDU und FDP bei Enthaltung der Linken beschlossen. Alternative Anträge der Linksfraction (Drs. 15/28, 15/29, 15/36, 15/37) wurden durch CDU und FDP bei zahlreicher Enthaltung von SPD und Grünen abgelehnt.

Schulministerin
Sylvia Löhrmann (Grüne)

Schlankheitskur für Schulstoff

Wie es mit der Schulzeitverkürzung am Gymnasium weitergehen soll

15. Dezember 2010 – In den letzten Jahren hat es an den Gymnasien in NRW eine strukturelle Änderung gegeben. Statt wie zuvor neun gibt es nur noch acht Schuljahre (G8). Da am Gymnasium ein Schuljahr in der Mittelstufe entfällt, muss der Lernstoff in weniger Zeit vermittelt werden – keine leichte Umstellung und nah an der Belastungsgrenze für viele Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte. Wie es nun weitergehen soll, darüber hat die Schulministerin den Landtag unterrichtet.

Gespräche mit Betroffenen, so Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne), hätten einigen Handlungsbedarf aufgezeigt. Sie nannte darunter den Verzicht auf überflüssige Hausaufgaben, das Abspecken von Lehrplänen und bessere Rahmenbedingungen und Strukturen. Daher sah die Ministerin bei der Schulorganisation deutliche Entlastungspotenziale und schlug andere Schulstundentakte vor. Lehrkräfte sollten besser auf die Herausforderungen vorbereitet werden und an einem zusätzlichen pädagogischen Tag gemeinsam mit Eltern und Kindern an der Entwicklung der Schule arbeiten. Insgesamt könnten Schulen viel voneinander lernen, weswegen man eine entsprechende Vernetzung fördern wolle, erklärte Löhrmann.

Dass die Einführung von G8 Feinsteuerung benötige, sei schon für die Vorgängerregierung selbstverständlich gewesen, meinte Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU). Er kritisierte aber, der zusätzliche pädagogische Tag mache die Vorrangstellung des Unterrichts weiter zunichte. Dabei liege die Lösung des Problems gerade in besserem Unterricht. Weiterhin

befürchtete der CDU-Sprecher, die Gymnasien sollten sich zu Gesamtschulen entwickeln und sich für alle Schülerinnen und Schüler öffnen müssen. Sternberg warf Löhrmann vor, in zu heterogenen Lerngruppen chronische Unter- und Überforderung zu schaffen. „Wer soll einmal für Deutschland Patente entwickeln?“, sorgte er sich um künftige Spitzenleistungen.

Renate Hendricks (SPD) lobte den Prozess, den die Schulministerin angestoßen habe. Es sei richtig, Betroffene zu Beteiligten zu machen und gemeinsam auszuloten, welche Hilfestellungen die Gymnasien benötigten. Sie unterstützte Löhrmann in dem Vorhaben, die Herkunftssprachen der Kinder stärker als bisher anzuerkennen und zu fördern. Außerdem hielt sie Beratung für die Schulen für wichtig – ebenso wie Transparenz gegenüber den Eltern, beispielsweise indem Ergänzungsstunden für individuelle Förderung deutlich auf dem Stundenplan gekennzeichnet würden. Ziel müsse es sein, sowohl Schulzeit als auch Hausaufgaben mit Hilfe und Förderung für die Schülerinnen und Schüler zu untermauern.

„Sinnvoll zu entschlacken und den Schulalltag so zu gestalten, dass sich nicht schon Kinder ausgebrannt und überlastet fühlen, ist die anstehende Aufgabe“, definierte Josefine Paul (Grüne). Schule müsse für Jugendliche auch den Raum lassen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Die Verkürzung der Schulzeit zwingt dazu, Schule konzeptionell anders zu denken, biete aber auch Chancen, beispielsweise bei der Zusammenarbeit mit Vereinen. Mehr Raum für Bewegung und Kreativität steigere auch die Aufnahmefähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Zu den intensiven Lern- müssten Entspannungsphasen kommen, forderte sie. Der „Pizza-Blitz“ mittags ersetze allerdings keinen ordentlichen schulischen Ganztags.

Die vorgestellten Maßnahmen kamen Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bekannt vor. Sowohl das angestrebte Gleichgewicht von Haus- und Schulaufgabenbetreuung gehe auf FDP-Ideen zurück als auch eine eigenverantwortliche Umsetzung der Kernlehrpläne, um den Stoff zu reduzieren. Auch eine flexiblere Schulorganisation und Nutzung der Ergänzungsstunden unterstütze ihre Fraktion. Bei den Anstrengungen, Gymnasien zu Ganztagschulen zu machen, könne diese Regierung noch viel von der vorigen lernen. Zentral für die individuelle Förderung sei die Unterstützung der Lehrkräfte – auch hier warf die FDP-Sprecherin der Schulministerin vor, Ideen abgeschrieben zu haben. Diese wolle man aber gern mit umsetzen.

Mit den von der Ministerin vorgestellten Maßnahmen sah Gunhild Böth (Linke) die grundsätzlichen Probleme des G8 nicht gelöst. So gebe es in der Sekundarstufe I keine Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen mehr, weil die gymnasiale Mittelstufe nur acht statt sonst neun Jahre umfasse. Zudem sei kein sinnvoller Wechsel ins Berufskolleg möglich. Auch das Problem, dass das Ende der Sekundarstufe I nicht mit dem Ende der Vollzeitschulpflicht korrespondiere, sei ungelöst. Zudem reduziere eine flexiblere Schulorganisation nicht die Stofffülle, die trotz veränderter Lerninhalte nunmehr verdichtet vermittelt werden müsse und nicht ohne Wiederholung zu Hause auskomme. SOW

Fotos: Schälte



Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)

Renate Hendricks (SPD)

Josefine Paul (Grüne)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Gunhild Böth (Linke)

RATHAUS

Kommunale Global Player?

Heftige Debatte in Ausschuss und Plenum über Stärkung der Stadtwerke

15./16. Dezember 2010 – Kontrovers mit Blick auf die Sache wie auf das Verfahren hat der Landtag das „Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefortschritts“ diskutiert. CDU und FDP sahen Oppositionsrechte verletzt, da SPD und Grüne dem Wirtschaftsausschuss einen bereits veröffentlichten, umfassenden Änderungsantrag vorenthalten hätten. Auf ihren Antrag hin wurde für das Gesetz eine dritte Lesung notwendig. In der Sache warnten die bürgerlichen Parteien vor massiven Nachteilen für Handwerk und Mittelstand sowie finanziellen Risiken. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen betonten ebenso wie die Linken vor allem die notwendige Stärkung kommunaler Betriebe im Energiesektor.

Foto: Schälte

Der Gesetzentwurf (Drs. 15/27) wurde am 15. Dezember 2010 in 2. Lesung, am 16. Dezember 2010 in 3. Lesung mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Als eine gute Nachricht für die Städte und Gemeinden, aber auch für Handwerk und Mittelstand wertete **Marc Herter** (SPD) das neue Gemeindefortschrittsgesetz. Erstens werde der Kommunalwirtschaft wieder die gleichberechtigte Teilnahme am Wettbewerb ermöglicht. Dies gelte zweitens insbesondere für ihre Teilnahme auf den Märkten der Energieversorgung, um drittens gerade hier mit ökologisch und dezentral ausgerichteten Geschäftsmodellen bestehen zu können. Herter begrüßte den Kompromiss zwischen Handwerk und kommunalen Betrieben in dieser Sache als pragmatische Lösung zu beiderseitigem Nutzen und warf CDU und FDP ideologische Blockade vor.

Es werde ein Kapitel zugeschlagen, das die Kommunen in NRW gängeln und die Kommunalwirtschaft an die Leine legen sollte, begrüßte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) den Gesetzentwurf. Vor allem im Energiesektor brauche man mehr Wettbewerb und eine Stärkung der Stadtwerke, um erstens das Oligopol der vier Großunternehmen zu brechen und zweitens regenerative Energieträger wie auch dezentrale Strukturen zu fördern. Der von CDU und FDP kritisierte Änderungsantrag beschäftige sich mit der Gesetzessystematik sowie mit der bereits erörterten Möglichkeit, in Aufsichtsräten kommunaler Betriebe Arbeitnehmervertretungen einzurichten, erläuterte der Grüne.

Bei der Stärkung der energiewirtschaftlichen Betätigung der Stadtwerke sei man eng beieinander, betonte **Benedikt Hauser** (CDU) in Richtung Regierung. Allerdings dürften die Stadtwerke sich nicht jedem Geschäftsmodell und jedem Geschäftsgebiet zuwenden. Dies bedrohe am Ende Handwerk und Mittelstand, warnte der CDU-Sprecher. Mit Blick auf das Verfahren kritisierte Hauser, von SPD und Grünen seien kurzfristig umfangreiche Anträge eingebracht worden, deren Inhalte in der Anhörung eben nicht darauf geprüft worden seien, ob sie dem komplexen Verhältnis zwischen Gemeindeordnung, Aktiengesetz, GmbH-Gesetz und Mitbestimmungsregeln gerecht würden.

Der Gesetzentwurf stelle einen Angriff auf die private Wirtschaft dar und berge erhebliche finanzielle Risiken, warnte **Dietmar Brockes** (FDP). Vor allem durch den Wegfall des „dringenden öffentlichen Zweckes“ erlaube das „Mittelstandvernichtungsgesetz“ der Kommunalwirtschaft nun wieder, in „privatwirtschaftlich gut funktionierenden Märkten zu wildern“ und der mittelständischen Wirtschaft zu schaden. Der angesprochene Kompromiss mit dem Handwerk beziehe sich nur auf einen Nischenbereich energiewirtschaftsverbundener Tätigkeit. Mit der Erlaubnis für Geschäfte im Ausland schafften SPD und Grüne die Grundlage für öffentliche Megakonzerne.

Dass mit der Gesetzesnovelle eine „notwendige Abkehr vom neoliberalen Gedankengut ‚Privat vor Staat‘ vollzogen“ werde, begrüßte dagegen **Özlem Alev Demirel** (Linke). Sie nannte Versorgungssicherheit und Gemeinwohlorientierung, demokratische Kontrolle, soziale Ausgewogenheit sowie Ökologie und Nachhaltigkeit als wesentliche Anforderungen an die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen. Für eine entsprechende Aktivität kommunaler Energieversorger auf ausländischen Märkten gebe es außer im grenznahen Bereich allerdings keinen gemeinwohlorientierten Grund. Daher begrüßte die Linkensprecherin die Genehmigungspflicht solcher Aktivitäten.

Soziale Marktwirtschaft brauche staatlich-kommunale Daseinsvorsorge und öffentlich-rechtliche Unternehmen, so **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Hierzu gehörten unter anderem Medien, Krankenhäuser, Sparkassen sowie Wasser- und Energieversorger. Mit dem anstehenden Gesetz würden Stadtwerke für den Wettbewerb auf dem Energiemarkt „fit gemacht“. Damit werde es in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Wettbewerb geben. Das bisher geltende, ideologisch motivierte Gesetz der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung habe die Stadtwerke in eine nicht zu verantwortende Rechtsunsicherheit und Ratlosigkeit entlassen. Dies werde nun korrigiert. *cw*

Attestierte Prüfungsunfähigkeit

Die ärztliche Schweigepflicht soll auch für Studierende gelten

15. Dezember 2010 – Wer studiert und bei der Prüfung krank ist, kann diese nachholen. Das gilt aber laut Studienordnungen einiger nordrhein-westfälischer Hochschulen nur dann, wenn auch das Prüfungsamt die Krankheitssymptome für entsprechend gravierend hält. Zwecks Beurteilung müssen erkrankte Studierende dem Prüfungsamt ein ärztliches Attest vorlegen, aus dem Symptome oder Art der Erkrankung hervorgehen. CDU und FDP verlangen, dass der Persönlichkeitsschutz der Studierenden gewahrt werden müsse, und fordern die Regierung zum Handeln auf (Drs. 15/848).

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) berichtete von einer Fachschaftsvertreterin, die im Landtag den Anstoß zu der Diskussion gegeben habe. „Das medizinische Daten an Nicht-Ärzte zur Kontrolle gegeben werden, ist problematisch“, unterstützte er ihre Kritik. Werde das Attest vom Prüfungsamt nicht anerkannt, könne dies bis zur Exmatrikulation führen. Es gehe bei diesen Regelungen zwar darum, den Missbrauch von Krankschreibungen zu vermeiden. Der Abgeordnete hielt es aber für sinnvoller, im Zweifelsfall vertrauens- oder amtsärztlichen Rat einzuholen oder sich an die Universitätsklinik zu wenden.

Warum die Persönlichkeitsrechte der Studierenden weniger geschützt sein sollen als die eines Arbeitnehmers, verstand Marcel Hafke (FDP) nicht. Das Arzt-Patienten-Geheimnis sei ein hohes Gut und Krankheiten ein sensibles Thema, das unmittelbar in den schützenswerten Persönlichkeitsbereich des Einzelnen falle. Auch er hielt es für falsch, medizinische Laien ärztliche Atteste begutachten und über deren Zulässigkeit entscheiden zu lassen. Er forderte das Ministerium auf, die Hochschulen zur Überprüfung ihrer Prüfungsordnungen anzu-

weisen. Eine Gesetzesänderung sei zur Problemlösung aber nicht nötig.

Betroffen sei ein Gesetz, das die vorherige Landtagsmehrheit beschlossen habe, bemerkte Karl Schultheis (SPD). „Wenn Sie dies ändern wollen, müssen Sie natürlich auch in die Autonomie der Hochschulen eingreifen und verbindliche Regeln treffen.“ Es gehe darum, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und andere Rechtsgüter gegeneinander abzuwägen. Zu bedenken sei auch, ob die Zahl der Konfliktfälle – bisher sämtlich lösbar – künftig unter dann amtsärztlicher Beteiligung noch zu bewältigen sei. Jedenfalls wolle man nicht über die Köpfe der Betroffenen beider Seiden hinweg entscheiden.

Dr. Ruth Seidl (Grüne) verwies auf die geltende Rechtslage. Nach einem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts könnten Ärztinnen und Ärzte die Prüfungsunfähigkeit nicht selbst attestieren, sondern nur die allgemein verständliche Grundlage für die Beurteilung liefern. Seidl zeigte aber Verständnis für die Studierenden und schlug eine freiwillige Vereinbarung mit den Hochschulen vor. Ziel solle es sein, die

Prüfungsordnungen so zu überarbeiten, dass die Atteste keine Krankheitssymptome mehr enthalten müssten. Die Grünen-Abgeordnete warb für einen entsprechenden Appell an die Hochschulen.

Für ihre Fraktion unterstützte Gunhild Böth (Linke) ebenfalls das Anliegen, das Persönlichkeitsrecht der Studierenden zu schützen. Ihre Fraktion fordere in einem Entschließungsantrag, den Schutz der Studierenden direkt im nordrhein-westfälischen Hochschulgesetz zu verankern. Wenn es eine solche gesetzliche Änderung nicht gebe, werde sich nichts ändern, befürchtete die Abgeordnete. Um schnell voranzukommen, wandte sie sich gegen Überweisung des Antrags in einen Ausschuss und warb für eine direkte Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP sowie über den Entschließungsantrag der Linken.

„Die heutigen Prüfungsordnungen führen nicht zu einer Verletzung des Datenschutzes“, erklärte Hochschulministerin Svenja Schulze (SPD). Studierende müssten nicht ihre Krankheiten offenlegen, sondern nachweisen, dass sie prüfungsunfähig seien. Schulze zeigte sich trotzdem bereit, die Anregungen aufzunehmen und im Rahmen der Überarbeitung des Hochschulgesetzes zu prüfen. Sie könne die Hochschulen anweisen, die Prüfungsordnungen zu überarbeiten, setze persönlich allerdings eher auf das Gespräch mit den Hochschulen, die mit diesem sensiblen Bereich insgesamt sehr verantwortungsvoll umgingen. *sow*

Das Plenum hat den Antrag (Drs.15/848) einschließlich des Entschließungsantrags (Drs. 15/926) einstimmig zur Fachberatung an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie überwiesen, der bei der Fachberatung die Federführung übernehmen und endgültig abstimmen soll. Mitberatend tätig wird der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration.



Besondere Beziehung

Erstmals hat Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg eine Gruppe von Rabbinern im Landtag Nordrhein-Westfalen empfangen. Die mehr als 20 Gäste jüdischen Glaubens aus ganz Deutschland trugen sich ins Gästebuch des Landesparlaments ein. Die von Uhlenberg empfangenen Rabbiner gehören der Gemeinschaft Chabad-Lubawitsch an, einer der größten weltweiten chassidischen Bewegungen im Judentum. Der Landtag Nordrhein-Westfalen habe eine besondere Beziehung und Verbindung zum Judentum und zum Staat Israel, so der Landtagspräsident. Seit über zwei Jahrzehnten arbeite eine engagierte deutsch-israelische Parlamentariergruppe daran, dieses Netzwerk noch enger zu knüpfen. Rabbiner Moshe Kotlarski aus New York, Leiter von 4.000 Chabad-Zentren weltweit, überreichte Uhlenberg als Zeichen der Verbundenheit eine Chanukkia, einen neunarmigen Leuchter.

Foto: Schälte

Guten Appetit

Wie schützen wir uns vor Stoffen in unseren Lebensmitteln, die dort nicht hingehören?

Januar 2011 – Schmackhafte, vielfältige und gesunde Lebensmittel sind die Grundlage für unsere Gesundheit. Für Produzenten und Kundschaft, Handel und Behörden hat daher Lebensmittelsicherheit eine zentrale Bedeutung und hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Nur wenige Bereiche sind staatlich schon so lange und so intensiv geregelt wie das Lebensmittelrecht. Für die Durchführung der Kontrollen sind die einzelnen Bundesländer zuständig. Daher ist Lebensmittelsicherheit Thema im Landtag, ebenso wie die Sorge um die rund 400.000 Menschen, die in NRW in der Ernährungswirtschaft arbeiten.

In nur wenigen Lebensbereichen können Probleme so unmittelbar so gravierende Folgen für viele Menschen haben wie gesundheitlich bedenkliche Lebensmittel. Das gilt für hygienisch nicht einwandfreie Milch ebenso wie für lange überlagertes Fleisch oder schädigende Inhaltsstoffe zum Beispiel in Eiern wie beim aktuellen Dioxinskandal.

Lebensmittelproben und -kontrollen müssen uns vor Schimmel, Würmern und anderen Verunreinigungen, aber auch vor Pestiziden, Hormonen oder Umweltgiften schützen. Wenn alle Standards eingehalten werden, sind unsere Lebensmittel heute so sicher und geprüft wie nie zuvor.

ALLGEGENWÄRTIGE GIFTE

Von Dioxinen bzw. Dioxingemischen sind heute über 200 Arten bekannt, die in unterschiedlicher Intensität im Verdacht stehen, Krebs erregen zu können. Vorsicht in der Produktion und eine verlässliche Aufsicht im Handel sind also geboten, um Gefahr für Leib und Leben abzuwenden. Daneben sind sie aber auch nicht selten Existenzfragen für land- und ernährungswirtschaftliche Unternehmen.

Menschen nehmen Dioxine fast ausschließlich über die Nahrung auf. Aufgrund der hohen Gefährlichkeit gelten seit 2006 EU-weit strenge Grenzwerte für Dioxine wie auch dioxin-ähnliche Substanzen in Lebensmitteln. Eier, die durchschnittlich 55 bis 70 Gramm wiegen, dürfen höchstens drei Pikogramm (billionstel Gramm) Dioxin pro Gramm Fett enthalten.

Dioxine werden nicht gezielt hergestellt, sondern können als Nebenprodukte in zahl-

reichen industriellen Verbrennungsprozessen auftreten – etwa in der Metallgewinnung oder in Müllverbrennungsanlagen. Sie können auch durch Waldbrände oder Vulkanausbrüche natürlichen Ursprungs sein. Daher spricht die Wissenschaft von „allgegenwärtigen“ Substanzen.

NAHRUNGSKETTE

So kann ihr Eindringen in Nahrungsketten und -kreisläufe nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, weil sie in geringsten Mengen überall in Atmosphäre, Böden und Gewässern vorkommen können. Auf Weideland können Dioxine über Gras und Tiere einen Weg in unsere Nahrungskette finden. Im aktuellen Fall geschah dies jedoch, indem ein Hersteller von Tierfutterfett über Monate hinweg mit Dioxin belastete „Mischfettsäuren“ verwendet hat, die bei der Herstellung von Biodiesel anfielen. Diese Fette waren allerdings nur für technische Industriezwecke freigegeben. Über das Tierfutter gelangten die Dioxine in Schweine und Hühner. In Eiern und Fleisch überstieg die Dioxinbelastung die Grenzwerte zum Teil um ein Mehrfaches. Zwar sehen diese Grenzwerte „Sicherheitspuffer“ für die menschliche Gesundheit vor, dennoch liegt ein ernsthafter und weitreichender Verstoß gegen geltende Standards der Lebensmittelsicherheit vor. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Auffällig ist, dass die Verunreinigung schon längst durch betriebsinterne Untersuchungen bekannt war, ehe Behörden aufmerksam gemacht wurden. Die betroffene Ware war zu dem Zeitpunkt schon einige Zeit an Landwirte aus-

geliefert worden. Und folglich deren Produkte an uns Kundinnen und Kunden – bundesweit, sogar zu europäischen Nachbarn. So ist eine der aktuellen verbraucherpolitischen Fragen, wie im Zusammenspiel von Unternehmen, Behörden, Verbraucherinnen und Verbrauchern durch verpflichtende Information mehr Transparenz und die Möglichkeit zum Handeln geschaffen werden können.

KONSEQUENZEN

Die wirtschaftlichen Auswirkungen für Landwirte und Handel sind gravierend. Bis zu 5.000 landwirtschaftliche Betriebe durften zeitweise weder Eier noch Fleisch verkaufen und mussten in großer Zahl Tiere töten. Der Deutsche Bauernverband fordert eine „kettenübergreifende Qualitätssicherung von der Stufe der Futtermittelherstellung bis in die Ladentheke“ und die Haftung der Verursacher für den entstandenen Schaden.

In der aktuellen Debatte spielt weiter eine Rolle, wie im konkreten Fall Futtermittel und Industriefette vermischt werden konnten, was überhaupt im Tierfutter enthalten sein darf, welchen Auflagen, Haftungs- und Genehmigungspflichten Futtermittelhersteller, also die Zulieferer der Landwirte, unterliegen sollen. Auch das System der Kontrollen, die in der Hoheit der einzelnen Bundesländer liegen, steht erneut auf dem Prüfstand. Politisch kontrovers diskutiert wird, ob die Anwendung quasi „industrieller“ Produktionsverfahren das Risiko belasteter Lebensmittel erhöht oder nicht.

cw/Dr. Martin Michalzik

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Rainer Deppe (CDU)



André Stinka (SPD)

Es gilt, aus dem jüngsten Dioxinskandal zu lernen. Deshalb rate ich dazu, künftig ...

... sicherzustellen, dass kriminelle Panscher, wie im aktuellen Dioxin-Fall, durch harte Strafen oder Berufsverbote abgeschreckt werden. Was hier passiert, ist kein Kavaliersdelikt.

... eine breite Diskussion darüber zu führen, wie wir gesunde und nachhaltige Lebensmittel erzeugen können. Dabei müssen wir den Zwiespalt zwischen dem verständlichen Interesse nach günstigen Produkten und den bestehenden ethischen und ökologischen Fehlern der Lebensmittelproduktion lösen.

Um sichere und gesunde Lebensmittel zu gewährleisten, kommt es sowohl auf die Wirtschaft als auch auf die staatlichen Behörden an. In diesem Zusammenhang sehe ich ...

... zuallererst die Hersteller in der Verantwortung. Wer Futter und Lebensmittel in Verkehr bringt, muss dafür geradestehen. Die staatliche Kontrolle der Selbstkontrolle muss zielgenau an den Risikostellen ansetzen, und die Panscher müssen zügig öffentlich bekannt gemacht werden.

... die Futtermittelunternehmen in der Pflicht, vermehrt Eigenkontrollen durchzuführen und diese transparent zu dokumentieren. Es muss zudem geprüft werden, ob und wie die amtlichen Kontrollen intensiviert und die Risikobewertung von Futtermittelbetrieben verbessert werden können.

Die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher wird oft unterschätzt. Meiner Ansicht nach ...

... muss sich der Verbraucher darauf verlassen können, dass jedes Nahrungsmittel, das in Deutschland auf den Markt kommt, sicher ist. Deutsche Lebensmittel gehören nach wie vor zu den besten der Welt. Billig kann nie Rechtfertigung für gesundheitsschädlich sein.

... können Verbraucher durch eine bewusste Nachfrage die Art der Lebensmittelproduktion beeinflussen. Dies setzt aber mehr Aufklärung voraus. Deshalb muss das Wissen über Lebensmittel, die Kultur des Essens und des Kochens in der schulischen Bildung und der Weiterbildung verstärkt vermittelt werden.

Zugekaufte, verunreinigte Futtermittel können landwirtschaftlichen Betrieben wirtschaftlichen Schaden zufügen. Dem kann man zukünftig dadurch begegnen, dass ...

... die Lieferanten die Unbedenklichkeit ihrer Ware vor Zugang in die Futtermittelkette nachweisen müssen. Dies gilt übrigens auch für die Bio-Branche, die noch immer unter dem Dioxin-Skandal vom vergangenen Sommer leidet. Die Existenz unserer ehrlich arbeitenden Landwirte steht auf dem Spiel.

... Futtermittelhersteller und -händler verpflichtet werden, eine angemessene Haftpflichtversicherung abzuschließen oder einen Haftungsfonds einzurichten. Damit sollen dann Schäden in der Lebensmittelkette oder in der Landwirtschaft abgedeckt werden, die durch belastete Futtermittel verursacht werden.

Diskutiert wird auch eine strikte Trennung der Produktionskreisläufe für Futter- und Nahrungsmittel von denen für die technische Industrie. Dies halte ich für ...

... richtig und wird von der Bundesregierung bereits vorangetrieben. Es kann nicht sein, dass dort, wo mit Abfällen hantiert wird, Lebensmittel hergestellt werden. Der Mensch, aber auch Nutztiere oder Äcker dürfen niemals als Mülldeponie missbraucht werden.

... eine zentrale Forderung, um die Sicherheit in der Futtermittelproduktion zu verbessern. Eine klare Trennung der Produktströme kann dafür sorgen, dass das Risiko von gefährlichen Vermischungen von technischen Fetten mit Futter- und Nahrungsmittel verringert wird.

Diesmal geht es um die Lebensmittelsicherheit.

Norwich Rübe (Grüne)



... mehr Lebensmittel aus kontrolliert biologischer Herstellung zu kaufen. Die Strategie des Umweltministers, hierfür bei der EU um weitere Fördermöglichkeiten zu werben, ist richtig. Und viele Bürgerinnen und Bürger sind auch bereit, für Qualität mehr auszugeben.

... es als gescheitert an, auf Eigenkontrollen der Unternehmen zu setzen. Es ist ein Widerspruch in sich, von einem unmittelbar Profitierenden Neutralität zu verlangen. Die staatlichen Behörden müssen mehr unangekündigte Kontrollen durchführen und dafür personell entsprechend besser ausgestattet sein.

... verfolgen sie sehr genau, wer nur redet und wer auch handelt. Der Umweltminister hat sofort vorbildlich gehandelt, konsequent untersuchen lassen und verunreinigte Chargen benannt. Und nicht zuletzt stimmen Verbraucherinnen und Verbraucher auch mit ihrem Kaufverhalten über die Produktqualität ab.

... die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsstandards bei Futtermitteln erhöht werden. Von Futtermittelherstellern ist von unabhängiger Seite der zertifizierte Nachweis über die Reinheit zu jedem einzelnen Inhaltsstoff zu erbringen. Kauft der Betrieb Bio-Futtermittel, ist das ohnehin die Norm.

... eine wichtige Maßnahme. Insbesondere aber müssen Unternehmen, die Futterfette herstellen oder mit diesen handeln, einer behördlichen Zulassung unterliegen. Mit dieser Zulassung müssen klare Verpflichtungen und eine Eignungsprüfung verbunden sein, die zu mehr Futtermittelsicherheit führen.

Kai Abruszat (FDP)



... eine strikte Trennung zwischen Produktionsstätten zur Nahrungs- und Futtermittelherstellung und Produktionsstätten zur industriellen Nutzung gesetzlich festzulegen.

... dass die Wirtschaft erkennen muss, dass sie aus eigenem Interesse in der Verantwortung steht, gut mit den Behörden zusammenzuarbeiten, um Schwarze Schafe zu identifizieren, bevor sie einen ganzen Berufszweig in Verruf bringen können.

... müssen Verbraucher dazu in die Lage versetzt werden, ein besseres Gefühl für die Wertigkeit von Produkten zu erlangen. Dazu bedarf es zusätzlicher Kompetenzvermittlung für Verbraucher schon in jungen Jahren. Produkte, deren Inhaltsstoffe unklar beschriftet sind, sollte er nicht kaufen.

... man sich als Landwirt auf einen Zulieferer seines Vertrauens beschränkt. Auch Landwirte müssen ihre Marktmacht nutzen und den Druck auf die Futtermittelhersteller erhöhen, damit diese hochwertige, gesunde Futtermittel liefern. Die große Mehrzahl der Futtermittellieferanten tut dies ja auch.

... einen wichtigen Baustein auf dem Weg zu mehr Sicherheit für unsere Lebensmittel. Gegen Kriminelle, die vorsätzlich gegen geltendes Recht verstoßen, wird allerdings jedes Gesetz und jeder Kontrolleur machtlos sein. Hier muss die volle Härte der Justiz für Gerechtigkeit sorgen.

Hamide Akbayir (Linke)



... eine flächendeckende Kontrolle der Futtermittelhersteller sowie der Zulieferer zu gewährleisten. Alle Komponenten des Futtermittels müssen geprüft und mit einem Prüfsiegel gekennzeichnet werden, damit eine lückenlose Kontrolle stattfindet.

... gesetzliche Regelungen als notwendig an, die von einer gut ausgestatteten Behörde mit ausreichendem Personal durchgesetzt werden. Es muss eine Pflichtkontrolle für die Wirtschaft geben, damit keine schädlichen Produkte mehr auf den Markt kommen.

... müssen Verbraucherinnen und Verbraucher regelmäßig und verständlich über alle Lebensmittel und deren Zutaten von den Behörden aktiv informiert werden. Zusätzlich müssen alle Lebensmittel verständlich gekennzeichnet sein. Dadurch können die Verbraucherinnen und Verbraucher bewusster einkaufen.

... sowohl für eine artgerechte Tierhaltung als auch für den Verbraucherschutz die Etablierung einer bäuerlichen Landwirtschaft, möglichst biologisch bewirtschaftet, eine Lösung wäre. Und Produktpreise, die den Landwirten die Existenz sichern und für die Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar sind.

... absolut notwendig, geradezu selbstverständlich. Das hätte schon längst passiert sein müssen! Zusätzlich fordern wir für alle Chargen von zugekauften Futtermitteln strenge Kontrollen. Als erste Priorität sollten die Landwirte die Möglichkeit bekommen, den größten Teil ihrer Futtermittel selber anzubauen!

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGS-SCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	FEDERFÜHRENDER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGS-SCHRITTE
15/1068	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW (Artikel 83), CDU – Schuldenbremse –	Vorschlag: Haupt- und Medienausschuss	1. Lesung 20.1.2011	15/666	Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW (Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten mit einer längeren Laufzeit), SPD und Grüne	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung 18.2.2011
15/1066	Gesetz zur Demokratisierung des Kontrollgremiums, Linke	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 19.1.2011	15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Anhörung Anfang 2011
15/1061	Fünftes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, SPD und Grüne – Einschulungsalter –	Vorschlag: Ausschuss für Schule und Weiterbildung	1. Lesung 19.1.2011	15/474	Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Ausschuss- beratung im Januar 2011
15/976	Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 20.1.2011	15/465	Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren, Linke	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung geplant im ersten Quartal 2011
15/975	Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 20.1.2011	15/135	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Rücknahme des sogenannten „Turbo-Abiturs“ G8 in der Sekundarstufe I, Linke	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Beratung am 16.3.2011 2. Lesung im März/April 2011
15/853	Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Wärmedämmung und Grenzständige Gebäude, SPD und Grüne	Rechtsausschuss	1. Beratung 26.1.2011	15/97	Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in NRW, LR, – Studiengebühren –	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	weitere Ber.: 21.1.2011, voraussichtl. Abschluss 18.2.2011
15/778	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Justiz im Land NRW, LR	Rechtsausschuss	1. Beratung 26.1.2011				

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 15. und 16. Dezember 2010 entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
15/444	Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr	Landesregierung	2. Lesung 16.12.2010	angenommen
15/443	Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst	Landesregierung	2. Lesung 15.12.2010	angenommen
15/215	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen – ARGEn –	SPD und Grüne	2. Lesung 15.12.2010	angenommen
15/207	Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010	Landesregierung	2. + 3. Lesung 15./16.12.2010	angenommen
15/200	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes NRW für das Haushaltsjahr 2010	Landesregierung	2. + 3. Lesung 15./16.12.2010	angenommen
15/37	Gesetz zur Einführung der Grundschuleinzugsbezirke, i.V.m. Drs. 15/24	Linke	2. Lesung 15.12.2010	abgelehnt
15/36	Gesetz zur Aufhebung der verbindlichen Grundschulgutachten, i.V.m. Drs. 15/24	Linke	2. Lesung 15.12.2010	abgelehnt
15/29	Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern, i.V.m. Drs. 15/24	Linke	2. Lesung 15.12.2010	abgelehnt
15/28	Gesetz zur Abschaffung der Kopfnoten an Schulen, i.V.m. Drs. 15/24	Linke	2. Lesung 15.12.2010	abgelehnt
15/27	Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindegewirtschaftsrechts, – Kommunen als Unternehmer –	SPD und Grüne	3. Lesung 16.12.2010	angenommen
15/24	Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land NRW, – Kopfnoten, Mitbestimmung, Grundschulgutachten und Grundschulbezirke – i.V.m. Drs. 15/28, 15/29, 15/36, 15/37	SPD und Grüne	2. Lesung 15.12.2010	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Ausgewogener Friedensunterricht

Sachverständige bewerten die Zusammenarbeit von Schule und Bundeswehr in Nordrhein-Westfalen

Foto: Schälte

12. Januar 2011 – Lehrerinnen und in den Unterricht einladen, um Themen zu vermitteln oder zu diskutieren. Über allem steht die Verpflichtung zur Ausgewogenheit und Neutralität in der politischen Bildung. So ziehen Lehrkräfte beispielsweise Jugendoffiziere der Bundeswehr ebenso hinzu wie Vertreterinnen und Vertreter von Friedensinitiativen. 2008 hat die damalige Landesregierung eine formale Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr getroffen. Die Linksfraktion sieht durch eine einseitige Bevorteilung die Ausgewogenheit des Unterrichts in Gefahr und überdies keine Notwendigkeit einer solchen Vereinbarung – schließlich habe es die Zusammenarbeit auch schon vorher gegeben. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) befragte daher Expertinnen und Experten zum Antrag der Linken (Drs. 15/131).

Mit der Kooperationsvereinbarung sei bewährte Praxis auf eine formale Grundlage gestellt worden, auch, um sie der Öffentlichkeit transparent zu machen, unterstützte Generalmajor Gerhard Stelz die Regelung. Inhaltlich war es ihm wichtig zu betonen, dass die Bundeswehr nicht für Krieg stehe: „Wir waren und sind die wirklichen Friedensaktivisten.“ Und so sei das, was Jugendoffiziere in Schulen leisteten, umfassende Friedenserziehung, die auch gewaltfreie Konfliktlösung beinhalte. Nachwuchswerbung oder ähnliches werde nicht betrieben. Wie sein Vorredner vertraute auch General a. D. Karl-Heinz Lather in die Unabhängigkeit und das Verantwortungsbewusstsein der Lehrkräfte.

Demgegenüber kritisierte Norbert Müller von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Vereinbarung bedeute die endgültige

Abkehr vom Prinzip der Ausgewogenheit. Denn er hielt es für schwer vorstellbar, dass man eine der eigenen Meinung gegenteilige Auffassung glaubhaft vertreten könne. Folglich forderte Müller eine Überarbeitung der aktuellen Regelung. Hierbei sei die gleichberechtigte Beteiligung anderer Institutionen sicherzustellen – eine Forderung, die auch Uli Krüger von der Deutschen Vereinigung für politische Bildung erhob und die General a. D. Lather für vorstellbar hielt.

Einen juristischen Blick auf die Forderung warf der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Jörn Ipsen von der Universität Osnabrück. Während es sich bei der Bundeswehr um einen Teil der staatlichen Organisation handle, von der Verfassung vorgegeben, seien Friedensinitiativen oder andere gesellschaftliche Organisationen

nicht durch die Verfassung legitimiert. Einen Rechtsanspruch auf Gleichbehandlung dieser Institutionen mit der Bundeswehr in Schulen könne es daher nicht geben, argumentierte er.

Günter Haverkamp, der die Aktion Weißes Friedensband e.V. vertrat, verwies auf die UN-Kinderrechtskonvention, nach der unter-18-Jährige als Kinder gelten würden und von Gewalt fernzuhalten seien. Jugendliche zeigten sich schnell beeindruckt von Uniformen, gab er zu bedenken und forderte ebenfalls eine Neuaufgabe der Vereinbarung, da er die aktuelle für zu einseitig hielt. Allerdings fehlten gesellschaftlichen Initiativen die Mittel, ähnlich wie die staatliche Bundeswehr an Schulen tätig zu werden, und bräuchten daher Unterstützung.

ENTSCHEIDUNGSKONFLIKTE

„Die Bundeswehr ist eine Armee, und eine Armee steht für Krieg“, konstatierte Joachim Schramm von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Die Landesverfassung schreibe eine Erziehung zur Friedensgesinnung vor, und dies dürfe nicht eingeengt werden. Außerdem gab Schramm zu bedenken, dass der Soldatenberuf nicht nur das Risiko berge, getötet zu werden, sondern auch den Entscheidungskonflikt, eventuell selbst töten zu müssen. „Das hat nichts im Unterricht zu suchen“, meinte er und verwies auf einen altersbedingt begrenzten Erfahrungsschatz der Jugendlichen.

Annette Uttendorfer vom Studienseminar Oberhausen war erstaunt, „wie wenig uns Lehrkräften zugetraut wird“. Sie gingen sehr verantwortungsvoll mit dem Thema um und achteten entsprechend ihrer Verpflichtung darauf, dass es zu keiner einseitigen Beeinflussung komme. Damit sich die Schülerinnen und Schüler ein fundiertes eigenes Bild machen könnten, seien umfassende Informationen wichtig und notwendig, warb sie für die Kooperation mit der Bundeswehr, aber auch anderen, nichtstaatlichen Organisationen. Für Jugendoffiziere müsse jedoch dasselbe gelten wie für die Lehrkräfte: eine entsprechende Ausbildung auf hohem Niveau, damit sie reflektiert und kritisch über die Aktivität der Bundeswehr berichten und auch andere Frieden sichernde Maßnahmen berücksichtigen könnten.

SOW

+++Meldungen+++

Verbände arbeiten engagiert an Schulthemen

12. Januar 2011 – Im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) zeigte sich Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) erfreut über die rege Teilnahme fast aller geladenen Institutionen und der Landtagsfraktionen an der Bildungskonferenz, zu der sie für September vergangenen Jahres eingeladen hatte. Im Nachgang, berichtete die Ministerin, seien sechs Arbeitsgruppen entstanden, in denen die Verbände und Organisationen an unterschiedlichen Themenfeldern wie beispielsweise der individuellen Förderung, der Weiterentwicklung des Ganztags oder einer Schulstruktur in Zeiten des demographischen Wandels arbeiteten. Dabei hätten alle Arbeitsgruppen Sachverständige zu ihren Beratungen hinzugezogen und würden über die jeweilige Ausgangslage, den Klärungsbedarf, über Ziele und Maßnahmen beraten. Aus den einzelnen Arbeitsgruppen würden die Ergebnisse in die Gesamtheit der Bildungskonferenz eingebracht, die entsprechende Voten abgebe, jedoch nicht endgültig entscheide. Die Entscheidungsbefugnis hätte selbstverständlich das Parlament, betonte die Schulministerin und bedankte sich bei allen Beteiligten aus den Institutionen und den Fraktionen für das große Engagement. Es lohne sich, einen Bildungskonsens zu suchen.

CO₂-Handel: Bund soll Einnahmen abgeben

12. Januar 2011 – Um eine bestimmte Menge Kohlendioxid in die Luft abgeben zu dürfen, müssen Unternehmen Emissionszertifikate erwerben. Die Frage, was genau mit den Einnahmen aus dem Emissionshandel geschehen soll, beschäftigte den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU). Im Jahr 2008 waren es laut Angaben von SPD und Grünen 933 Millionen Euro, 2009 noch 528 Millionen Euro, die in den Bundeshaushalt geflossen seien. Beide Fraktionen gingen wie die Landesregierung davon aus, dass aufgrund neuer Regelungen in der kommenden Handelsrunde ab 2013 Einnahmen in Höhe von bis zu 10 Milliarden Euro jährlich anfielen, davon 4 bis 5 Milliarden Euro

aus Nordrhein-Westfalen. Da im „EnergieLand Nummer eins“ auch der größte Aufwand für den Umbau hin zu energieeffizienten und emissionsarmen Technologien notwendig sei, forderten die Regierungsfaktionen, diese Erlöse aus dem Emissionshandel nach NRW und an andere Bundesländer zurückfließen zu lassen, wo die zahlenden Unternehmen beheimatet seien. Dies erläuterten André Stinka (SPD) und Wibke Brems (Grüne), unterstützt von Michael Aggelidis (Linke), der sich allerdings

auf den Wunsch nach Rückhalt in einer zunehmend schwerer planbaren Lebensphase zurück. Gleichzeitig betonte er, dass dabei die Form der Familie kaum eine Rolle spiele. Zwischen klassischen Familien, Patchwork-Familien und Alleinerziehenden werde hier kaum unterschieden. Zudem sähen deutlich mehr Jugendliche (59 Prozent) zuversichtlich in ihre Zukunft als noch 2006 (50 Prozent), wobei der Optimismus bei sozial Benachteiligten geringer ausfalle. Auch das politische Interesse habe insgesamt leicht angezogen, was nach Meinung des

Wissenschaftlers aus einem gestiegenen Politikinteresse der 12- bis 17-Jährigen resultiere – bei den 18- bis 25-Jährigen hingegen gehe es zurück. Albert deutete dies zusammen mit einer hohen Bereitschaft zu politischem Engagement als leises Anzeichen für das Heranwachsen einer wieder stärker politischen Generation.

Ehrenamts-Förderung an Schulen?

12. Januar 2011 – Über die Frage, ob und wie Schulen ehrenamtliches Engagement

gegen die Auffassung von „Luft als Ware, die verschmutzt werden dürfe“ wandte. Lutz Lienenkämper (CDU) hielt dagegen, die seit 2008 geltende Regelung auf Bundesebene sei seinerzeit von SPD-Ministern beschlossen worden; außerdem habe der vorliegende Antrag wenig Aussicht auf Erfolg. Daher mache es mehr Sinn, auf Bundesebene möglichst viele Projekte für Nordrhein-Westfalen herauszuholen, fügte Dietmar Brockes (FDP) hinzu.

Familie wird für Jugendliche wichtiger

13. Januar 2011 – Der Stellenwert der Familie für Jugendliche wächst. Das ist ein Ergebnis der 16. Shell-Jugendstudie, die Studienleiter Prof. Dr. Mathias Albert von der Universität Bielefeld nun im **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** (Vorsitz Margret Vosseler, CDU) vorgestellt und erläutert hat. Demnach geben 71 Prozent der Jungen und 81 Prozent der Mädchen mittlerweile an, dass sie eine Familie brauchen, um glücklich zu sein. Albert führte dies vor allem

der Schülerinnen und Schüler fördern sollten, diskutierte der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) einen entsprechenden Beschluss des Jugend-Landtags vom vergangenen Jahr. Der Ausschuss begrüßte ehemalige Jugendabgeordnete zur Erläuterung des Antrags, nach dem Schulen soziale Praktika vermitteln, eine Vielfalt an Ehrenämtern im Unterricht vorstellen und ehrenamtliche Tätigkeiten auf dem Zeugnis vermerken sollen. Alle Fraktionen hielten diese Initiative in der Sache für sinnvoll. Klaus Kaiser (CDU) plädierte für den Versuch, dies im Konsens umzusetzen. Ralf Witzel (FDP) schlug vor, den Beschluss des Jugend-Landtags zu übernehmen und die Fraktionen um Ergänzungen und Änderungswünsche zu bitten. Ludwig Hecke, Staatssekretär im Ministerium für Schule und Weiterbildung, erläuterte, dass soziale Praktika und Vermerke auf dem Zeugnis zurzeit möglich, aber nicht verpflichtend seien. „Wir müssen intensiv darüber reden, wie eine Verpflichtung in der Praxis aussehen könnte“, meinte er.



Illustration: Peter Flock

Zwischen Kulturförderabgabe und Bettensteuer

Viel Kritik an Abgaben auf Hotelübernachtungen – Tourismus in Gefahr?

12. Januar 2011 – Wer in einem Kölner Hotel übernachtet, muss seit Oktober tiefer in die Tasche greifen: Seitdem erhebt die Stadt auf jede Übernachtung eine Kulturförderabgabe. „Bettensteuer“ nennt die FDP diese in einem Antrag und kritisiert Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD), der sich für eine landesweite Einführung einer solchen Tourismussteuer ausgesprochen habe. Im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) haben Fachleute über das Für und Wider der Abgabe diskutiert.

„Das ist definitiv ein Kostenfaktor, der bei der Kalkulation berücksichtigt werden muss“, betonte der Kölner Hotelier Wilhelm Luxem. Schwierig sei vor allem die extrem kurzfristige Einführung der Steuer gewesen. Dadurch habe er mit vielen Großkunden nachverhandeln müssen. „In vielen Fällen war das auch nicht möglich“, so Luxem. Für 2011 habe er nun jeglichen Spielraum für Preisanpassungen verloren. Einige Unternehmen würden ihren Mitarbeitern bei Übernachtungen bereits empfehlen, auf andere Städte auszuweichen, und auch in seinem Haus habe er schon einige Konferenzen verloren. Dabei sei der Tourismus in NRW mittlerweile zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor mit rund einer halben Million Erwerbstätigen geworden, betonte Friedel Heuwinkel vom Tourismusverband NRW.

„Das wird auch ganz erhebliche Substitutionseffekte haben“, meinte Stephan Wimmers von der Industrie- und Handelskammer NRW (IHK). Denn die Übernachtungen, die in Köln wegbrächen, blieben nicht unbedingt im Bundesland. Es sei zudem unsinnig, die Branche mit neuen Steuern zu belasten, obwohl der Tourismus in NRW doch gefördert werden solle. „Die Einführung der Bettensteuer konterkariert solche Bestrebungen“, gab ihm Christoph Becker vom deutschen Hotel- und Gaststättenverband NRW Recht. Die Stadt Köln sei bereits aus zahlreichen Katalogen für Jugend- und Schülerreisen gestrichen. Allein die durch die neue Abgabe notwendige EDV-Umstellung koste die einzelnen Häuser bis zu 10.000 Euro.

Problematisch dabei sei, dass es weltweit kein Hotelbetriebssystem gebe, das die neuen Daten verarbeiten könne, ergänzte Hotelbesitzer Luxem. Das erhöhe den manuellen Arbeitsaufwand und letztlich auch die Kosten. Achim Hoffmann, ebenfalls von der IHK, befürchtete zudem, dass die zusätzlichen Kosten, wenn sie nicht an den Markt weitergegeben werden

könnten, zu Entlassungen und damit zu höheren Sozialausgaben seitens der Städte führen könnten: „Das ist in unseren Augen eigentlich eine Milchmädchenrechnung.“

Es handele sich tatsächlich um eine Kulturförderabgabe, rechtfertigte hingegen Gabriele C. Klug von der Stadt Köln die neue Steuer. Hieraus seien für 2011 sieben Millionen Euro Einnahmen im städtischen Haushalt veranschlagt. Damit würden unter anderem Kulturgebäude renoviert, große Sportevents finanziert, aber auch das Stadtbild verschönert. Klug bezeichnete dies als notwendige Strategie, um trotz der ehrgeizigen Konsolidierungsziele freiwillige Leistungen in der Stadt und damit die Standortqualität auch für den Tourismus zu erhalten. Die Abgabe werde allerdings nicht die Finanzprobleme der Städte lösen, führte Dr. Stefan Ronnecker von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände beim Städtetag NRW weiter aus. Vielmehr gehe es darum, das zu erhalten, was eng mit dem Tourismus in Verbindung stehe. Dabei sei es wichtig, dass jede Kommune selbst entscheiden könne, ob sie eine solche Steuer erhebe.

Georg Lampen vom Bund der Steuerzahler NRW hingegen verurteilte die „Bettensteuer“. Zwar sei eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung notwendig. Aber: „Jede zusätzliche Steuer führt mittelfristig eher zu einer Abschwächung der Wirtschaft und dadurch mittelfristig zu weniger Steuereinnahmen.“ Darüber hinaus bezeichnete er es als „unredlich“, dass Städte die Bettensteuer als Ausgleich für die wegfallende Mehrwertsteuer anführten. Denn

diese kompensiere den Ausfall nicht nur, sie übersteige ihn um das 20-fache. Zudem hielt Lampen die Steuer für rechtlich unzulässig und verfassungswidrig: Anders als behauptet, stelle sie erstens keine örtliche Aufwandsteuer dar und sei zweitens mit der Umsatzsteuer deckungsgleich, also eine Doppelbesteuerung. Ähnliche rechtliche Bedenken äußerten auch der Freiburger Rechtsanwalt Dr. Volker Stehlin sowie sein Kollege Stefan Huth aus Bad Kreuznach, während Prof. Dr. Frank Bätge von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gelsenkirchen zum genau entgegengesetzten Schluss kam.

bra



Foto: Schälte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

CDU-Schulkonzept: „Jedem Kind gerecht werden“

„Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftlichen Wohlstand, persönliche Entfaltung und Aufstieg und somit Grundlage für einen funktionierenden Sozialstaat.“ Das betonte der Vorsitzende der CDU-NRW, Norbert Röttgen, anlässlich der CDU-Fachkonferenz „Beste Bildung an guten Schulen“, zu der trotz Schneechaos über 250 Gäste den Weg in den Düsseldorfer Landtag fanden. Zuvor hatte die CDU-Landtagsfraktion in acht schulpolitischen Regionalkonferenzen das Gespräch mit der Basis gesucht. Kurz vor Weihnachten wurden erste Ergebnisse vorgestellt.

CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann: „Wir blicken auf acht erfolgreiche und niemals gleich verlaufende Regionalkonferenzen zurück. Da, wo unser Land ländlich geprägt ist, haben die Kommunen in erster Linie ihre Entwicklungschancen in Zeiten des demographischen Schülerrückgangs vor Augen.“ Im Gegensatz dazu sei es im Ruhrgebiet eher um die inhaltliche Schulperspektive in sozialen Brennpunkten gegangen. Erfreulich, so Laumann, sei: „Es herrscht Einigkeit, dass jede Begabung Wertschätzung und Förderung verdient. Das entspricht auch unserem christlichen Menschenbild.“

Nach Vorstellung der CDU hat jede Schülerin und jeder Schüler in Nordrhein-Westfalen Anspruch darauf, wohnortnah die Ausbildungsreife (Hauptschulabschluss), die Mittlere Reife oder das Abitur erreichen zu können. Für jeden Jugendlichen muss ein spezifisches Unterrichtsangebot zur Verfügung stehen, das originär zu dem jeweiligen Abschluss führt. Gymnasien und Realschulen sind leistungsstarke und akzeptierte Schulformen, die zum Abitur beziehungsweise zur Mittleren Reife führen. Sie sind auch bei zurückgehender Schülerzahl in einer für jede Schülerin und jeden Schüler zumutbaren Entfernung zu erhalten.

Laumann abschließend: „Es geht uns darum, unser Schulsystem so fortzuentwickeln, dass es demographiefest und planungssicher ist. Wir setzen auf ein wohnortnahes Schulangebot, kleinere Klassen und die Erleichterung des Zusammenschlusses von Haupt- und Realschulen zu Verbundschulen.“



NRW muss wieder Mitbestimmungsland Nr. 1 werden

Die Rufe nach einem neuen Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) werden zu Recht immer lauter. Die alte schwarz-gelbe Koalition hatte drastische Einschränkungen in der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst unseres Landes vorgenommen. Das hat Nordrhein-Westfalen geschadet. Unser Markenzeichen war immer, dass Personalvertretung und Dienststellenleitung auf Augenhöhe miteinander gearbeitet haben. Wir waren stolz auf das modernste und beste Landespersonalvertretungsgesetz in Deutschland.

Die Landesregierung von SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft arbeitet nun mit hohem Engagement und Einsatz daran, die notwendigen Änderungen und Modernisierungen des LPVG zügig vorzubereiten, damit NRW wieder das Mitbestimmungsland Nr. 1 wird. Schließlich ist die Voraussetzung für eine vernünftige Modernisierung und die zeitgemäße Ausgestaltung einer Verwaltung, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Sachverstand im Wege der Mitbestimmung rechtzeitig und frühzeitig einbringen können.

Ein erstes Eckpunktepapier und einen Fragebogen zum LPVG hat die SPD-Landtagsfraktion in einer Broschüre veröffentlicht, auf dessen Grundlage eine breite Diskussion erfolgen soll. Denn schon bei der Erarbeitung des LPVG ist es wichtig, dass die Betroffenen echte Beteiligte sind. Die Broschüre kann kostenlos bei der Pressestelle der SPD-Fraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, bestellt werden. Natürlich findet man sie auch im Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Nordrhein-Westfalen muss wieder Mitbestimmungsland Nr. 1 werden!



Eckpunkte für ein modernisiertes Landespersonalvertretungsgesetz



Winterchaos – NRW braucht mehr Geld für die Bahn



Foto: Fotolia

In den letzten Wochen fielen bei der Bahn reinweise Verbindungen aus. Die Züge, die fahren, waren häufig deutlich verspätet. Sowohl bei den Regionalzügen als auch im Fernverkehr kam es in NRW zu zahlreichen Problemen. Was häufig als „höherer Gewalt“ bezeichnet wurde, ist in Wahrheit aber in erheblichem Maße auch ein strukturelles Problem des NRW-Schieneverkehrs.

So verfügt die Bahn nach jahrelangem Sparen über zu wenige Fahrzeuge, zu wenig Personal und ein Schienennetz, das dringender Investitionen bedarf. Dies alles geht zu Lasten der Fahrgäste, die statt Auto oder Flugzeug, bewusst eine ökologische und günstige Möglichkeit der Mobilität wählen. Zu Recht verlangen diese Kunden aber auch Zuverlässigkeit und Schnelligkeit ihres Verkehrsträgers.

Die Grüne Fraktion fordert deshalb, dass der Staatsanteil am Gewinn der Bahn in Höhe von 500 Millionen Euro nicht im Bundeshaushalt versickert, sondern im Schienenverkehr reinvestiert wird. Nur so kann erreicht werden, dass der Zugverkehr im nächsten Winter verlässlicher funktioniert.

Doch damit nicht genug: Wie die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen Landtagsfraktion gezeigt hat, wird der Bau von Hochgeschwindigkeits-Prestigeobjekten wie Stuttgart 21 zu Lasten des NRW-Schieneverkehrs gehen. Innovative Projekte wie beispielsweise der Rhein-Ruhr-Express und das für die Wirtschaft hochwichtige Güterverkehrsprojekt Betuwe-Linie werden so systematisch ausgebremst. So gefährdet die Bundesregierung nicht nur Arbeitsplätze, sondern lässt auch Anlieger mit dem Lärmproblem allein. NRW wird so der Weg in eine moderne umweltfreundliche Infrastruktur erschwert. ■



FDP-Fraktion will faire Kommunalfinanzen

Eine gute und faire Finanzausstattung für alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist für die FDP-Fraktion ein wichtiges Ziel. Horst Engel, kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, befürchtet jedoch, dass es durch die von Rot-Grün geplanten Veränderungen am Gemeindefinanzierungsgesetz zu einer massiven Umverteilung zu Lasten des ländlichen Raums kommt. „Die Landesregierung plant eine holzschnittartige Veränderung der Gemeindefinanzierung, die zu einer immensen Umverteilung innerhalb der kommunalen Familie führt. Leidtragende werden insbesondere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum sein“, kritisiert Engel. Es sei damit zu rechnen, dass zahlreiche Kommunen durch die Pläne von Rot-Grün in die Haushaltssicherung gezwungen werden. „Die Sparbemühungen der Städte und Gemeinden, die auf eine solide Haushaltspolitik gesetzt haben, werden durch den rot-grünen Schnellschuss zunichtegemacht.“



Horst Engel (FDP)

Darunter leiden die Bürger, denn die Attraktivität ihrer Städte und Gemeinden würde durch die Pläne der Landesregierung bedroht. „Sowohl als Wohnort als auch als Standort für Unternehmen“, betont Engel.

Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten. „Die FDP hat in Regierungsverantwortung bei Anpassungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes stets einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land im Blick gehabt. Das erwarten wir auch von der rot-grünen Landesregierung“, sagt Engel. Kritik übt der Kommunalexperte insbesondere am Zeitpunkt der Ankündigung der Änderung. Denn die Landesregierung hat ihren Gesetzentwurf erst kurz vor der Weihnachtspause vorgelegt. Ende Dezember hatten viele Städte und Gemeinden jedoch ihre Haushaltsberatungen bereits abgeschlossen und stünden nun vor völlig neuen Voraussetzungen. Die Landesregierung habe den Kommunen zuvor keinen Hinweis auf eine Änderung der Orientierungsdaten gegeben. ■



LINKE: Besseres Leben für alle!

Das Jahr 2011 hat nicht gut angefangen für die abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und Armen. Obwohl es in verschiedenen Branchen Lohnerhöhungen gegeben hat: Unterm Strich bleibt weniger netto vom brutto in den Portemonnaies, vor allem wegen der höheren Belastung durch Sozial- und Krankenversicherung. Die Kluft zwischen Reich und Arm hat weiter zugenommen. Deshalb streiten wir LINKEN für mehr soziale Gerechtigkeit.

Ich habe im Landtag gefragt, wer von den Abgeordneten bereit wäre, für weniger als 10 Euro in der Stunde zu arbeiten. Es hat sich niemand gemeldet. Deshalb verstehe ich nicht, warum nur wir LINKEN für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro eintreten.

Wegen der Milliardengeschenke an die Reichen ist die öffentliche Hand chronisch unterfinanziert. Zu niedrige Investitionen lassen die Infrastruktur verrotten. Den Kommunen geht die Luft aus. Privater Reichtum und öffentliche Armut trifft wieder die mit den normalen und den niedrigen Einkommen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.

Wir LINKEN wollen Schluss machen mit der Übermacht der Großkonzerne, angefangen bei den Energieriesen RWE, E.ON und Konsorten. Wo es Milliardäre und monopolartige Macht gibt, da kann es keine Freiheit geben. Leider hat ein ungezügelter Wirtschaftsliberalismus den politischen Liberalismus früherer Zeiten erstickt. Freiheit bedeutet immer die Möglichkeit, als Individuum verschiedene Optionen zu haben und Entscheidungen treffen zu können.

Ein paar lumpige hundert Euro im Monat lassen jedoch nur die Wahl zwischen Discounter A oder B und zwischen verschiedenen Fernsehsendern. In Arbeitswelt und Politik hat das Kapital überwältigenden Einfluss. Deshalb brauchen wir eine gemeinwirtschaftliche Ordnung mit demokratischer Teilhabe aller an den richtungsgebenden Entscheidungen. Eine Welt, die die Würde des Menschen verwirklicht und in der auch die Natur sich wieder erholt. ■



Michael Aggelidis (Linke), wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher





Foto: Uwe Stratmann/HUPE Film

„Wirtschaftsförderung im besten Sinne“

Haupt- und Medienausschuss informierte sich über Neuausrichtung der Filmstiftung NRW

13. Januar 2011 – Michelle Pfeiffer, Helen Mirren, Juliet Binoche – weltbekannte Filmstars waren im vergangenen Jahr zu Dreharbeiten in Nordrhein-Westfalen zu Gast. Den Produktionsstandort national wie international zu stärken, ist seit 20 Jahren Aufgabe der Filmstiftung NRW. Über die konkrete Arbeit der Stiftung und ihre zukünftige Ausrichtung informierte sich jetzt der Haupt- und Medienausschuss des Landtags (Vorsitz Wolfram Kuschke, SPD). Am Sitz der Filmstiftung im Düsseldorfer Medienhafen diskutierten die Abgeordneten mit Geschäftsführerin Petra Müller.

„Die Filmstiftung ist das Aushängeschild für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen“, lobte Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD) zum Auftakt der auswärtigen Sitzung. Die Filmförderung habe sich in den zurückliegenden 20 Jahren zu einer „medienpolitischen Erfolgsgeschichte“ entwickelt und sei darüber hinaus „Wirtschaftsförderung im besten Sinne“. Gastgeberin Petra Müller, seit September 2010 neue Geschäftsführerin der Stiftung, konnte dies im Anschluss mit Zahlen belegen. So habe die Filmstiftung allein im vergangenen Jahr 122 Filmprojekte mit insgesamt rund 33 Millionen Euro unterstützt und als „finanzstärkste Länderförderung in Deutschland“ die Entwicklung des Filmstandorts Nordrhein-Westfalen weiter vorangebracht. Mit Hilfe der Fördermittel sei ein Produktionsvolumen von 300 Millionen Euro angestoßen worden. So seien an Rhein und Ruhr neben Nachwuchsprojekten, Experimen-

tal- und Kurzfilmen auch internationale Großproduktionen mit weltbekannten Schauspielerinnen und Schauspielern entstanden, darunter zum Beispiel die Roman-Verfilmung „Der Vorleser“ mit Oscar-Gewinnerin Kate Winslet. Für die Stiftung sei es wichtig, insbesondere Nachwuchstalente in Nordrhein-Westfalen zu halten und den Medienstandort noch wirksamer im In- und Ausland gegenüber konkurrierenden Regionen zu vermarkten.

NEUE AUFGABEN UND ZIELE

Zum 20-jährigen Jubiläum ihres Bestehens blicke die Filmstiftung nun einer Neuausrichtung entgegen, erklärten die Medienministerin und die Geschäftsführerin den Ausschussmitgliedern. So solle sich die Filmstiftung zu einer integrierten Förderinstitution weiterentwickeln und als „Filmstiftung plus“ zukünftig die gesamte Kreativwirtschaft in den Blick nehmen, verdeutlichte Schwall-Düren mit Verweis auf eine entsprechende Passage im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung. Aufgabe der Stiftung werde es dann sein, sich verstärkt für neue Medien wie Computerspiele und das Internet zu öffnen und kreative Unternehmen in diesen Branchen am Standort Nordrhein-Westfalen zu fördern, so Petra Müller. Die Förderung von Kino-, Film- und Fernsehproduktionen werde aber weiterhin das Kerngeschäft bilden.

Im Gespräch thematisierten die Mitglieder des Medienausschusses weitere aktuelle Fragen und Trends der Filmbranche. So informierten sie sich unter anderem über die Entwicklung der Kinobesuchszahlen und mögliche Konkurrenz für die Kinohäuser durch neue technologische Entwicklungen wie moderne Heimkino-Anlagen und 3D-Fernseher. Tatsächlich sei das Jahr 2010 für die Kinobetreiber mit Blick auf die Verkaufszahlen ein unglückliches gewesen, sagte Petra Müller. Allerdings könne daraus nicht auf einen längerfristigen Trend geschlossen werden, da die Zahlen in den Vorjahren auch dank erfolgreicher deutscher Produktionen ausgesprochen positiv gewesen seien.

Die Bilanz für das soeben begonnene Filmjahr 2011 müsse abgewartet werden, um Prognosen abgeben zu können. Eine weitere Entwicklung bestärkt die medienpolitischen Akteure in ihren Plänen zur Neuausrichtung der Filmstiftung. Es sei zu beobachten, dass Filmproduzenten eine kreative Idee verstärkt branchenübergreifend verwerteten. So würden sie bereits in einem frühen Stadium der Projektplanung nicht nur die filmische Umsetzung, sondern zugleich die Umsetzung beispielsweise als Computerspiel und Internetplattform in den Blick nehmen, fasste Geschäftsführerin Müller ihre Erfahrungen zusammen. Dies sei ein weiterer Anlass, die Filmstiftung künftig auch als „Medienstiftung“ zu verstehen und in ihren Strukturen entsprechend anzupassen.

514

Filmstiftung NRW

Das Land Nordrhein-Westfalen und der Westdeutsche Rundfunk gründeten die Filmstiftung im Jahr 1991 unter Ministerpräsident Johannes Rau. Inzwischen sind auch das ZDF, RTL und die Landesanstalt für Medien Gesellschafter der Stiftung. Das Jubiläum der Stiftung soll auf der 61. Berlinale gefeiert werden. Das Filmfestival lockt vom 10. bis 20. Februar Kinobegeisterte aus aller Welt in die Bundeshauptstadt.

Porträt: Gunhild Böth (Linke)



Leicht hat es Gunhild Böth den verschiedenen Parteien, den sie seit 1972 angehörte, nie gemacht. Parteidisziplin, weil sie von oben verordnet wurde, mit der eigenen Meinung hinter dem Berg halten, weil sie nicht mit der jeweiligen Parteilinie übereinstimmte, das war ihre Sache nicht, als die heutige Vizepräsidentin des NRW-Landtags 1972 als junge Studentin in die SPD eintrat. Das änderte sich nicht, als sie Ende der 70er-Jahre in die DKP wechselte und auch in ihrer heutigen politischen Heimat, der Partei Die Linke, lässt sich die 58-jährige ehemalige Gymnasiallehrerin nicht den Mund verbieten. Böth ist aufrichtig, gerade heraus und nimmt in Kauf, dass sie dadurch auch unbequem ist.

Politisch engagiert ist sie seit ihrer Studentenzeit an der Uni Bonn, wo sie sich dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) anschloss und dem Asta als Sozialreferentin angehörte. Vor dem Examen musste sie die Uni wechseln, ihrem Professor, der unter dem Einfluss des als konservativ geltenden Bundes Freiheit der Wissenschaft stand, hatte es missfallen, dass in ihren Referaten und Aufsätzen immer wieder Begriffe wie „Profit“ oder „Mehrwert“ auftauchten. Das reichte in jener Zeit, um als stramm linkslastig abgestempelt zu werden.

Böth wechselte nach Wuppertal und geriet dort in Konflikt mit der SPD. Obwohl sie Vorsitzende der Jungsozialisten in der bergischen Metropole war und damit auch im Unterbezirksvorstand der örtlichen Sozialdemokraten saß, wurde sie 1977 aus der Partei ausgeschlossen. Sie hatte gemeinsam mit Kommunisten eine Initiative gegen Berufsverbote ins Leben gerufen. Das war ein Verstoß gegen den Unvereinbarkeitsbeschluss, den die SPD 1971 gefasst hatte, und damit ein Ausschlussgrund.

Parteilos wollte Böth nicht bleiben – „mir fehlte die politisch-theoretische Diskussion“, sagt sie heute und schloss sich der DKP an. „Aber die hatten auch nicht viel Freude an mir“, erinnert sie sich lächelnd. Sie ärgerte sich darüber, dass ihre neuen Parteifreunde absolut kritiklos gegenüber den sozialistischen Staaten waren, und ließ diesen Ärger auch deutlich vernehmen. „Ich fand ein Atomkraftwerk nicht besser, weil es in der Sowjetunion stand, und dass jedes Wort von Erich Honecker der letzten Weisheit entsprach, glaubte ich auch nicht.“ In der DKP schloss sie sich der Gruppe an, die die Partei von innen erneuern wollten, und nach dem Fall der Mauer und der deutschen Vereinigung schloss sie sich der PDS an, aus der später durch Fusion mit der WASG die heutige Linkspartei hervorging.

PRÄSIDIUM

Seit Mai 2010 ist sie Mitglied des NRW-Landtags, und obwohl das gerade mal gut acht Monate sind, kommt es ihr vor wie gefühlte zwei Jahre. Neben ihrer Aufgabe im Landtagspräsidium ist sie auch schulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, was doppelten Einsatz erfordert. Die Zusammenarbeit im Präsidium und mit der Landtagsverwaltung erlebt sie als reibungslos, konfliktfrei und sehr kollegial. Nicht ganz einfach ist der Kontakt zu den beiden anderen Oppositionsparteien CDU und FDP. „Für die CDU sind wir immer noch so eine Art Schmuddelkinder des Parlaments“, lacht sie darüber, dass sich noch nicht alle damit abgefunden haben, dass eine neue fünfte Kraft in den Landtag gewählt worden ist. „Manche geben mir nicht einmal die Hand, aber mit anderen gibt es eine durchaus vernünftige Gesprächsbasis.“

Wenn Gunhild Böth am Rednerpult des Landtags steht, dann kann sie nicht verbergen, dass sie gelernte Lehrerin ist und lange in dem Beruf gearbeitet hat. Oft redet sie mehr zu den Zuschauern auf der Tribüne als zu den Abgeordneten im Saal. „Ich weiß, dass man das nicht darf“, räumt sie ein, „aber ich halte das für nötig.“ Politik müsse aufklärerisch sein. „Die Zuschauer müssen ja nicht meiner Meinung sein, aber sie müssen wissen, worum es geht.“ Wie gesagt, leicht hat es niemand mit Gunhild Böth.

Für ein Leben neben der Politik bleibt ihr nicht viel Zeit. Nur vom Lesen kann sie nicht lassen, „ich fresse Bücher“. Egal, wie spät es ist, jeden Abend werden noch 20 bis 30 Seiten gelesen, zuletzt „Das Amt“ über die Geschichte des Auswärtigen Amtes und von Mario Vargas Llosa „Tod in den Anden“.

Peter Jansen

Landtagspräsidium besucht Schulen

Was macht eigentlich der Landtag? Wie entsteht ein Gesetz? Wer hat den Landtag erfunden? Welche Aufgaben haben die Minister? Viele Schulen beschäftigen sich mit diesen Fragen im Unterricht. Schülerinnen und Schüler, die es ganz genau wissen wollen, können den Präsidenten des Landtags NRW oder seine Vizepräsidentinnen und -präsidenten jetzt einladen – denn sie besuchen persönlich Schulen, um über ihre Arbeit Auskunft zu geben.

Das fünfköpfige Landtagspräsidium möchte das in der letzten Legislaturperiode erfolgreiche Projekt „Schulbesuche“ fortführen und mit Kindern und Jugendlichen über Politik diskutieren. Von 2007 bis 2010 haben sich daran rund 100 Schulen beteiligt. Sie brauchen nur einen entsprechenden Raum und zwei Unterrichtsstunden Zeit. Dann können Klassen, Jahrgangsstufen oder die ganze Oberstufe mit den führenden Vertreterinnen oder Vertretern des Landtags ins Gespräch kommen, ohne einen Ausflug nach Düsseldorf organisieren zu müssen. Das Angebot gilt für alle Schulformen einschließlich Berufs- und Grundschule. Schulen, die an diesem Projekt teilnehmen möchten, können sich an den Sachbereich Jugend & Parlament des Landtags wenden und sich formlos per E-Mail an schulbesuch@landtag.nrw.de bewerben. Ein Flyer mit Informationen kann kostenlos angefordert oder auf der Homepage www.jugend-landtag.de heruntergeladen werden.

Doro Dietsch

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:
Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; N.N. (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Gerhard Militzer (Linke), stv. Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 19. Januar 2011 bis zum 1. Februar 2011

19.1. Veldhues, Elisabeth (SPD)	62
19.1. Wiedon, Stefan (CDU)	45
23.1. Hendricks, Renate Maria (SPD)	59
24.1. Steffens, Barbara (Grüne)	49
24.1. Jörg, Wolfgang (SPD)	48
26.1. Dudas, Gordan (SPD)	40
28.1. Schultheis, Karl (SPD)	58

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

19.1. Rusche, Karl-Heinz (fraktionslos)	70
26.1. Frechen, Stefan (SPD)	75

Verstorben

9.1.2011 Joseph Köhler (CDU), MdL 1966-1985

Termine

1. - 18.2.2011 **Ausstellung Bevölkerungsschutz.** In Einzelthemen wird gezeigt, welche Mittel und Instrumente der Staat für den zivilen Bevölkerungsschutz einsetzt und wie Krisenmanagement funktioniert. Insbesondere stellen alle im Bevölkerungsschutz beteiligten Hilfsorganisationen sowie das Technische Hilfswerk und der Deutsche Feuerwehrverband ihre Kinder- und Jugendprojekte vor.

2. - 18.2.2011 **Ausstellung „Rauchmelder retten Leben“.** Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch die Ausstellung, die von Schornsteinfegern und Feuerwehren entworfen wurde, über die Sinnhaftigkeit von Rauchmeldern informiert werden. Gefährlich bei Bränden ist vor allem der Rauch, von dem die Opfer oft im Schlaf überrascht werden und der schnell zu einer tödlichen Rauchvergiftung führt.

Nächstes Plenum 2. und 3. Februar 2011. Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint voraussichtlich am 2. Februar 2011.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 20. Januar 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03. Bereits am Dienstag, 18. Januar 2011, fand in der Kirche St. Maximilian, Düsseldorf, ein katholischer Neujahrsgottesdienst für die Abgeordneten statt, zelebriert von Joachim Kardinal Meisner.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Heiligen Besuch ...

... aus dem Morgenland erhält der Landtag traditionell in der ersten Januarwoche: Mit Krone, Stern und königlichem Gewand überbrachten nicht nur drei, sondern sogar 21 Heilige Könige der Düsseldorfer Pfarrgemeinde St. Martin dem Parlamentsgebäude Gottes Segen für das neue Jahr und sammelten zugleich für Kinder in aller Welt, dieses Jahr vor allem im Beispielland Kambodscha. „Ihr bringt Glanz und Freude, Ihr bringt Licht in die Häuser“, freute sich Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke über den Besuch mit Gesang und Gebet. Anstatt Gold, Weihrauch und Myrrhe hinterließen die jungen Sternsinger über der Tür dann auch noch ihr Zeichen: 20°C+M+B+11 – Christus mansionem benedicat: Christus segne dieses Haus.

Foto: Schälte